

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verkaufsstelle: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Litke

Lebensversicherung einschließlich Bringerlohn monatlich 800.— M., durch die Post bezogen monatlich 800.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 200.— M., Einzelnummer 50.— M., Sonntagsnummer 70.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Verkaufsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die Spalte, Komparatizeile 100.— M., die Spalten Reklamizeile 400.— M., auswärts 125.— u. 500.—, Ausland 800 u. 2500 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 30 M.

Nr. 26

Dresden, Mittwoch den 31. Januar 1923

34. Jahrg.

Es ist erreicht!

Es ist erreicht. Den Kommunisten ist es glücklich mit Hilfe der bürgerlichen Parteien gelungen, die sozialistische Regierung Sachsens zu Fall zu bringen. Es klingt wie eine Geschichte aus dem Lullhaus. Der Anschlag der bürgerlichen Parteien gegen die sozialistische Arbeiterkraft ist bei den Landtagswahlen juristisch gescheitert worden. Die parlamentarische Basis zu einer rein sozialistischen Regierung ist durchaus gegeben. Jetzt, wo der Faschismus in Deutschland sein Haupt so frech erhebt, wäre es mehr denn je notwendig, daß jede Machtstellung, die das Proletariat innehat, auch erhalten bleibt. Die sozialistische sächsische Regierung war eines der stärksten Bollwerke der sozialistischen Arbeiterschaft in Deutschland. Aber Reute, die Arbeitervertreter sein wollen, ruhen nicht eher, bis die sozialistische Regierung gestürzt ist, wobei es ihnen nicht darauf ankommt, sich der Unterstützung derselben kapitalistischen Parteien zu bedienen, deren Todfeinde sie angeblich sind.

Herr Böttcher, der in der Landtagsdebatte vom Dienstag den kommunistischen Mißtrauensantrag begründete, stützte sich in erster Reihe darauf, daß Lipinski die Veranlassung der deutschösterreichischen Freiheitspartei in Leipzig, in der Wulle sprach, nicht verboten hatte. Böttcher warf Lipinski vor, daß er ein Behälter des Faschismus sei. Es mußte nicht, daß Lipinski darauf hinwies, wie viele nationalsozialistische Organisationen er schon verboten hatte, und noch viel weniger wirkte auf die Kommunisten der auf ein Gutachten eines kommunistischen Juristen gestützte Nachweis, daß die rechtlichen Voraussetzungen für ein Verbot der Versammlung nicht gegeben gewesen seien, weil das Verbot einer Versammlung nur unter ganz bestimmten Umständen zulässig ist, etwa wenn Gefahren vorliegen, aus denen sich schließen läßt, daß eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit besteht. Wir sind ja gewohnt, daß die Kommunisten sich um Rechtsfragen überhaupt nicht kümmern, stellen sie doch fortgesetzt Anträge, ohne danach zu fragen, ob das, was sie fordern, rechtlich möglich ist. Sie stolpern über „juristische Zwirnsfäden“ nicht.

Es gibt im Leben der Völker Zeiten, in denen das bestehende Recht zerbrochen wird, indem die Völker ohne nach den formalen Gesetzen- und Verfassungsbestimmungen zu fragen, mit überliefertem juristischen Unrecht aufräumen. Ein solcher gewalttätiger Bruch des bestehenden Rechts, eine Revolution, hat sich schon oft als unbedingt notwendig im Interesse des menschlichen Fortschritts erwiesen. Aber wir können nicht alle Tage eine Revolution machen. Nach einer siegreichen Revolution hat man sich nicht bemüht, bald ein neues Recht zu schaffen, nach dem sich dann Regierungen und Volk zu richten haben. So auch nach der Revolution 1918. An die Stelle der alten Verfassungen sind in Reich und Ländern neue Verfassungen und zum Teil an Stelle der alten neue Gesetze getreten, die aber jetzt auch beachtet werden müssen, wenn nicht ein Zustand der Rechtsunübersicht eintreten soll, der einfach unerträglich wäre.

Aber die Kommunisten halten es nicht für notwendig, sich über solche Fragen den Kopf zu zerbrechen. Auch die Tatsache ist ihnen offenbar völlig gleichgültig, daß Sachsen ein Teil des Reiches ist. Wir wollen den Gesetzen die Lösung der Frage überlassen, ob Sachsen überhaupt noch als Staat anzuprechen ist. Jedenfalls ist es kein souveräner Staat. Seine Regierung und sein Parlament haben nur so weit Handlungsfreiheit, als die Gesetze des Reiches sie ihm gelassen haben. Würde sich die sächsische Regierung in Widerbruch mit den Reichsgesetzen stellen, so müßte sie damit rechnen, daß die Reichsregierung dagegen Einspruch erhebt, daß ihre Handlungen von den Gerichten, die Reichsrecht anzuwenden haben, für rechtswidrig erklärt werden. Die Kommunisten sind solchen Einwänden gegenüber schnell mit einer Antwort bei der Hand. Sie verweisen darauf, daß die bayerische reaktionäre Regierung sich häufig ziemlich skrupellos über Reichsverfassung und Reichsgesetze hinwegsetzt. Aber können wir denn wünschen, daß das lächerliche Beispiel Nachahmung findet? Wenn alle Bundesstaaten unbestimmt um das Reich darauf loswirtschaften, so müßte das Gefüge des Deutschen Reiches immer lockerer werden, wenn überhaupt Deutschlands Einheit erhalten bliebe. Aber gerade die deutsche Arbeiterschaft hat ein starkes Interesse daran, daß wir nicht in die lächerliche Kleinstaaterei alter Zeiten zurückfallen, die das deutsche Volk wahrlich genug ausgeliefert hat.

Aber selbst wenn es möglich gewesen wäre, die Veranlassung des Herrn Wulle zu verbieten, wäre das richtig und klug gewesen? Seit Jahrzehnten hat die Sozialdemokratie für die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit gekämpft. Sollen wir uns über Grundzüge, die wir seit jeher verfolgt haben, in dem Augenblick einfach hinwegsetzen, wo wir zur Macht gekommen sind? In Sachsen hat man sich jahrzehntelang bemüht, durch eine ebenso gewalttätige wie dumme Unterdrückung und Mafelstichterei die Entwicklung der sozialistischen Bewegung zu unterbinden. Wem hat diese Polizeiwirtschaft genützt? Sicher nicht der Regierung und den Parteien, die diese Politik zu verantworten hatten, sondern der Sozialdemokratie. Wenn die Böttcher und Stenert einmal ihre Nase ins Buch gesteckt hätten, wenn sie sich einmal ein wenig mit der Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland vertraut gemacht hätten,

Parteigenossen! Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Die Kommunisten haben mit Hilfe der bürgerlichen Parteien den vorigen Landtag aufgelöst und eine Anzahl für das Proletariat wichtiger Gesetze verhindert. Dieses arbeiterfeindliche Treiben haben sie im neuen Landtage fortgesetzt. Zu feige, die Verantwortung in der Regierung selber mit zu tragen, brachten sie es aber fertig, mit den bürgerlichen Parteien die Anpassung der Gewerbesteuer an die Geldentwertung abzulehnen und der Regierung die Mittel zur Durchführung sozialer Pflichten zu verweigern. Dadurch wurden den Kapitalisten ungezählte Millionen geschenkt.

Diesem schädlichen Treiben haben die Kommunisten am 30. Januar die Krone aufgesetzt, indem sie gegen den Minister ein Mißtrauensvotum einbrachten, der sich im Kampfe gegen die Reaktion und in der demokratischen Umgestaltung die größten Verdienste erworben. Das Bürgertum, dem diese Maßnahmen besonders verhaßt waren, hat den Antrag der Kommunisten mit Freuden aufgenommen und einmütig mit ihnen dem Minister Lipinski das Mißtrauen ausgesprochen. Damit wurde die sozialistische Regierung zum Rücktritt gezwungen.

Auf diese Weise haben die Kommunisten gewissenlos eine wichtige Position des Proletariats preisgegeben, und zwar angesichts jener reaktionären nationalistischen Bewegung, die sich im Reiche gegen die Arbeiterklasse erhebt und immer dreister auftritt, angesichts der furchtbaren Gefahr, die drohende Arbeitslosigkeit und Hunger mit sich bringen.

Während so die kommunistische Partei eine wertvolle proletarische Waffe, die sozialistische Regierung Sachsens, zerschlägt, fordert sie gleichzeitig die Massen zur Bildung einer Arbeiterregierung auf. Das ist eine Heuchelei, wie sie dreister nicht betrieben werden kann. Die durch das verräterische Spiel der Kommunisten geschaffene Situation birgt für das Proletariat erste Gefahren in sich. Die Kommunisten werden versuchen, diesen Verrat an der Arbeiterschaft zu verschleiern und die Wählerschaft irrezuführen. Demgegenüber gilt es auf der Hut zu sein. Die Anschläge der bürgerlichen Reaktion und ihrer kommunistischen Helfershelfer müssen zunichte gemacht werden.

Die Landtagsfraktion der V. S. P. D.

Poincarés Begründung der Gewalt

Paris, 30. Januar. (M. T. S.) Poincaré erklärte Vertretern der amerikanischen Presse, Frankreich habe niemals die Absicht gehabt, das Ruhrgebiet zu annektieren, um die notwendigen Kohlen für die Eisenindustrie Lothringens herauszubohren. Er betonte jedoch, daß die französische Armee so lange das deutsche Gebiet besetzt halten werde, bis das Reich seine Reparationsverpflichtungen gemäß den Klauseln des Versailler Vertrages erfüllt habe. Frankreich ist, so erklärte Poincaré, fest entschlossen, das Pfand nicht aufzugeben, das seine Truppen in den Händen haben, bevor die Zahlungen erfolgt sind. Auf diese Weise verhindern wir im voraus jedes fremde Wagnis, in das Problem einzugreifen. Die Ruhr ist ein weiteres Pfand von der gleichen Art, wie das Rheinland. Wenn Deutschland Pfand, das es die Absicht hat, seine Verpflichtungen durchzuführen, wenn es mit den Zahlungen beginnt und die Lieferungen ausführt, wie sie ausgemacht worden sind, so werden die französischen und belgischen Truppen sich aus dem Ruhrgebiet zurückziehen, und in 15 Tagen, nachdem mit der Durchführung der Vertragsbestimmungen begonnen worden ist, wird auch das linke Rheingebiet geräumt werden. Nach dem Kriege von 1870 haben die Preußen ihre Garnisonen in Frankreich gelassen, bis der letzte Centime ... zahlte vor. Die Pfandnahme wird also so lange dauern, bis Deutschland bezahlt hat. Es können fünf Jahre vergehen, bevor genügend Beweise der Aufrichtigkeit, die Reparationen zu bezahlen, seitens des Deutschen Reiches gegeben worden sind. Wenn Deutschland kann das Ruhrgebiet besetzen, wenn es sein Finanzsystem reorganisiert und eine solide Basis schafft, um eine internationale Anleihe zu sichern, deren Ertrag für den Wiederaufbau bestimmt ist, Frankreich ist einmütig darin, die Garantie, die das Ruhrgebiet darstellt, vor diesem Augenblick nicht aufzugeben.

Poincaré behauptet ferner, daß er das Ruhrgebiet in seine Gewalt bringen — nicht bloß „einige Ingenieure mit militärischem Schutz senden will“, wie er bei Einleitung des Gewaltschrittes verkündete. Die französische Regierung will das Ruhrgebiet „als Pfand“, bis Deutschland den letzten Heller im Sinne des Versailler Vertrages bezahlt hat. Dabei setzt sich Poincaré einfach über die Klammern des Versailler Vertrages hinweg, schreibt sie in die Höhe, bestimmt sie willkürlich. Einen Öffnungsstrahl möchte er Deutschland lassen: es möge sein Finanzsystem bessern, daß es eine internationale Anleihe erhalte. Dabei gerät gerade die Beschaffung und Abschneidung des Ruhrgebietes das deutsche Finanzwesen schier hoffnungslos und schneidet jeder Gesundung für die Zukunft den Lebensnerv ab. Die Erklärung bezweigt, daß sich um den Ruhrgebiet das Nachdrängen des französischen Imperialismus zur endgültigen Vorherrschaft in Europa konzentriert. Vermittlung und Verhandlungen will Poincaré gerade durch die Tatsache der Gewalt über die Ruhr ausschließen. Londoner Blätter behaupten, Poincaré wolle mit Deutschland verhandeln, wenn die deutsche Regierung den ersten Schritt zu einem wirtschaftlichen Frieden tun würde. Die englische Arbeiterpartei hat Ramsay MacDonald beauftragt, die englische Regierung zur Intervention im Ruhrgebiet aufzufordern; nächsten Sonntag wird zur Unterstützung dieses Schrittes eine große Kundgebung in London stattfinden.